

GLP sagt 3X JA

An der GLP Mitgliederversammlung vom 22. Mai in Glarus hat Co-Präsident Ruedi Schwitter die anstehenden Eidg. Abstimmungen vom 18. Juni vorgestellt. Die GLP beschloss 3 X JA. Die Zustimmung zum Klimaschutzgesetz ist der GLP besonders wichtig. Denn das Gesetz ist dringend und bringt auch mehr Innovation. Am Sa 3. Juni findet ein weiterer GLP Aktionstag dazu in Glarus statt.

Ja – zum Klimaschutzgesetz: Die Grünliberalen sind klar und einstimmig für diesen breit abgestützten Kompromiss vom Bundesparlament. Bereits am Glarner Flohmarkt hat die GLP an ihrem Stand für ein JA geworben und viele sind im Glarner JA Komitee aktiv. Co-Präsident Schwitter betont, dass dieses Gesetz notwendig sei auf dem Weg zu «Netto-Null 2050». Es fördert die Energie-Effizienz und wirtschaftliche Innovationen mit einem Impulsprogramm und ohne Verbote. Die Zukunft liegt in allen erneuerbaren Energieträgern in der Schweiz. Mit dem Referendum will die SVP dringende Massnahmen gegen eine Klimakatastrophe verhindern und verschliesst sich einer auf die Zukunft gerichteten Entwicklung der Schweiz. Mit einer massiv angstmachenden Kampagne versucht die SVP erneut diese wichtige Handlungsgrundlage zu kippen, ohne Lösungen aufzuzeigen. Scheinbar ist der SVP die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und damit 100% Auslandabhängigkeit in diesem Punkt egal.



Ja – OECD-Mindeststeuer: Das beschliesst die Versammlung einstimmig. Die Verteilung der erwarteten Mehreinnahmen von 1 – 2.5 Mia CHF auf die Kantone (75%) und den Bund (25%) wurde kurz diskutiert, ist aber unbestritten. Die Rückverteilung an die Kantone sollen so ausgestaltet sein, dass die Standortattraktivität für alle Unternehmen und nicht nur die betroffenen Firmen verbessert wird.

Ja – COVID-19 Gesetz: Unbestritten war auch die Weiterführung der Massnahmen aufgrund der vergangenen Pandemie. Die internationale Anerkennung des Zertifikates z.B. erlaubt weiterhin ein «stressfreies» Reisen in Länder wie z.B. in die USA, wo aktuell immer noch mindestens eine 2xfach Impfung für die Einreise gefordert wird.